

Interpellation Nr. 52 (Mai 2025)

25.5220.01

betreffend die Nutzung der alten Hauptpost als «Haus des Parlaments»

Im Herzen von Basel wird derzeit die ehemalige Hauptpost aufwendig saniert – ein Leuchtturmprojekt mit grosser architektonischer, historischer und städtebaulicher Bedeutung. Die Eigentümerin hat rund 8'000 Quadratmeter Fläche auf sieben Etagen entwickelt. Neben Läden und Gastronomie soll auch ein gewichtiger Teil der Fläche durch kantonale Verwaltungseinheiten genutzt werden.

Wie das Regionaljournal SRF berichtete, plant das Präsidialdepartement mit mehreren Fachabteilungen den Einzug in dieses prominente Gebäude. Offen bleibt bisher, um welche Abteilungen es sich handelt, und wie hoch die künftigen Mietkosten sein werden. Bekannt ist immerhin, dass der Kanton 865'500 Franken an die Sanierung beiträgt.

Es stellen sich grundlegende Fragen zur strategischen Liegenschaftspolitik des Kantons. Die alte Hauptpost ist ein öffentliches Juwel an zentralster Lage. Muss sie künftig wirklich vorwiegend Verwaltungsnutzungen dienen – oder wäre dies nicht der geeignete Ort für eine sichtbare demokratische Nutzung? Warum nutzt der Kanton diese einmalige Gelegenheit nicht, um ein «Haus des Parlaments» zu schaffen – ein repräsentatives Gebäude, in dem der Grosse Rat, die parlamentarischen Fraktionen, politische Parteien und ihre Fach- und Sachgruppen Raum für Besprechungen, Workshops und Austausch finden? Ein zentraler Ort der Demokratie würde den Dialog fördern und wäre sinnstiftend für den gemeinsamen Willen, den Kanton Basel-Stadt im Sinne seiner Bevölkerung vorwärtszubringen.

Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Abteilungen des Präsidialdepartements sollen konkret in die alte Hauptpost einziehen?
2. Wie hoch sind die jährlichen Mietkosten, die der Kanton für die Nutzung der Räume in der alten Hauptpost durch das Präsidialdepartement entrichten wird? Falls diese nicht bekannt gegeben werden dürfen: Wie hoch sind die heutigen Gesamtkosten (Mieten, Betrieb, Unterhalt) aller Abteilungen des Präsidialdepartements an den bisherigen Standorten und wie hoch sind die Gesamtkosten nach dem Einzug in die alte Hauptpost?
3. Hält der Regierungsrat es grundsätzlich für angemessen, dass Verwaltungseinheiten an repräsentativen Orten, wie am Münsterplatz oder eben in der alten Hauptpost untergebracht sind? Worin sieht er den Mehrwert gegenüber anderen Standorten?
4. Würde sich das denkmalgeschützte repräsentative Gebäude der alten Hauptpost nicht vielmehr als Standort für ein «Haus des Parlaments» eignen?
5. Inwiefern hält der Regierungsrat es für prüfenswert, im Herzen der Stadt ein «Haus des Parlaments» zu schaffen – für die parlamentarische Arbeit, offen für politische Bildung, Partizipation und sinnstiftend für eine lebendige Demokratie?

Johannes Sieber